

VERBRAUCHERPOLITIK EU AKTUELL

verbraucherzentrale

Bundesverband

Ausgabe 9 | 23. April bis 6. Mai 2018

INHALT:

- Allgemeine EU-Verbraucherpolitik
- Bauen / Energie / Umwelt / Verkehr
- Finanzdienstleistungen
- Gesundheit / Ernährung
- Telekommunikation / Medien / Internet
- Wirtschaftsfragen / Wettbewerb
- Terminvorschau

ALLGEMEINE EU-VERBRAUCHERPOLITIK

EU-Kommission geht gegen Desinformation im Internet vor

Die EU-Kommission schlug am 26. April 2018 eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Desinformation im Internet vor. Dazu zählen:

- **Ein Verhaltenskodex zum Bereich der Desinformation:** Bis Juli sollen Online-Plattformen als erstes einen gemeinsamen Verhaltenskodex ausarbeiten, mit dem insbesondere Transparenz bei gesponserten Inhalten, größere Klarheit über die Funktionsweise von Algorithmen, leichter Zugang zu anderen Informationsquellen und der Ausschluss von Scheinkonten erreicht werden soll.
- **Ein unabhängiges europäisches Netz von Faktenprüfern:** Das Netz legt gemeinsame Arbeitsmethoden fest, tauscht bewährte Verfahren aus und arbeitet auf eine möglichst umfassende Richtigstellung von Fakten in der gesamten EU hin. Die Faktenprüfer werden von den EU-Mitgliedern des [Internationalen Fact-Checking Network](#) ausgewählt, das einem strengen internationalen Grundsätze-katalog folgt.
- **Eine sichere europäische Online-Plattform zum Bereich der Desinformation,** die das Netz von Faktenprüfern und maßgeblichen Wissenschaftlern mit grenzübergreifenden Datensammlungen und Analysen unterstützt.
- **Stärkung der Medienkompetenz:** Eine größere Medienkompetenz versetzt Europäer in die Lage, Desinformation im Internet zu erkennen und mit Online-Inhalten kritisch umzugehen. Hierzu fordert die Kommission

Impressum

Verbraucherzentrale
Bundesverband e.V.

Markgrafenstraße 66

10969 Berlin

Leiterin Team Brüssel

Isabelle Buscke

isabelle.buscke@vzbv.de

Anregungen zum Newsletter
nehmen wir gerne entgegen.

Faktenprüfer und Organisationen der Zivilgesellschaft auf, Schulen und Ausbildern Unterrichtsmaterial zur Verfügung zu stellen und eine europäische Woche der Medienkompetenz zu veranstalten.

- **Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Absicherung von Wahlen** gegen zunehmend komplexe Cyberbedrohungen, wie Desinformation im Internet und Cyberangriffe.
- **Förderung freiwilliger Online-Systeme** zur Verbesserung der Rückverfolgbarkeit und Identifizierung von Anbietern von Informationen sowie zur Stärkung des Vertrauens in die Interaktionen, Informationen und ihre Quellen im Internet und deren Zuverlässigkeit.
- **Förderung qualitativer und diversifizierter Informationen:** Die Kommission appelliert an die Mitgliedstaaten, den Qualitätsjournalismus stärker zu fördern.

Die Kommission wird in Kürze ein Forum einberufen, um einen Rahmen für eine effiziente Zusammenarbeit zwischen den relevanten Akteuren zu schaffen, zu denen insbesondere Online-Plattformen, die Werbewirtschaft und größere Werbetreibende gehören, um Zusagen für die Bekämpfung der Desinformation zu erhalten. Als erstes Ergebnis sollte aus dem Forum ein EU-weit geltender Verhaltenskodex für den Bereich der Desinformation hervorgehen, der bis Juli 2018 veröffentlicht wird.

https://ec.europa.eu/germany/news/internet20180426_de

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-3370_de.htm

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/fake-news#useful-links> (Link zu Mitteilung)

[http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-18-3371_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-3371_de.htm)

BAUEN / ENERGIE / UMWELT / VERKEHR

Verbesserung der Kfz-Emissionstests

Die EU-Mitgliedstaaten stimmten im Technischen Ausschuss für Kraftfahrzeuge dem Vorschlag der EU-Kommission für wirksamere Testverfahren für PKW-Emissionstests zu. Seit dem 1. September 2017 sind neue Pkw-Emissionstests vorgeschrieben, nämlich Tests unter realen Fahrbedingungen und ein verbesserter Labortest. Durch Kontrollen an Bord soll Betrug verhindert werden. Die EU-Kommission will diese Tests verbessern und mehr Kontrollen einführen, um

sicherzustellen, dass die bereits im Verkehr befindlichen Fahrzeuge die Emissionsgrenzwerte einhalten. Hierzu gehören Prüfungen durch unabhängige und akkreditierte Dritte. Die EU-Kommission kündigte am 4. Mai 2018 für die nächsten Wochen eine Verordnung an, die ab 1. Januar 2019 gelten soll. Die EU-Kommission kann diesen Rechtsakt in Kraft setzen, wenn das EU-Parlament und der EU-Ministerrat nicht innerhalb von drei Monaten Einspruch einlegen.

<http://europa.eu/rapid/midday-express-04-05-2018.htm>

https://ec.europa.eu/germany/news/20180308-ihre-meinung-gefragt-kommission-kfz-emissionstests-verbessern_de

http://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2018-1297632_de

FINANZDIENSTLEISTUNGEN

1. Europäische Zentralbank bekräftigt Niedrigzinspolitik

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat am 26. April 2018 den Leitzins bei null belassen. Banken erhalten weiterhin Zentralbankgeld („Liquidität“) zum Nulltarif. Um die Kreditvergabe an Verbraucher und Unternehmen anzukurbeln, werden Guthaben der Banken bei der EZB weiterhin mit einem Strafzins von 0,40 Prozent belegt. Die EZB setzt auch mindestens bis Ende September 2018 den Erwerb von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren in Höhe von 30 Milliarden Euro im Monat fort.

Durch das Ankaufsprogramm werden die Zinsen für langlaufende Anleihen gedrückt. Der Nettoerwerb von derartigen Papieren erfolgt in jedem Fall so lange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt. Ziel der EZB ist eine Inflation („harmonisierter Verbraucherpreisindex“) von unter, aber nahe 2 Prozent. Eine Anhebung des Leitzinses oder eine Verringerung des Strafzinses kämen laut EZB-Präsident Mario Draghi erst lange nach dem Auslaufen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren in Frage.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2018/html/ecb.is180426.de.html>

2. Weiterhin Mängel beim Zugang von Verbrauchern zu Finanzdienstleistungen

Die EU-Kommission veröffentlichte am 24. April 2018 eine Studie über Finanzdienstleistungen für Verbraucher. Die Studie identifiziert die Probleme für Verbraucher beim Erwerb von Investmentfonds, kapitalbasierten Lebensversicherungen und privaten Altersvorsorgeprodukten. Verbraucher hätten verschiedene Zugangsmöglichkeiten zu diesen Produkten. Sie hätten aber durchwegs

Probleme beim Zugang zu Informationen und beim Vergleich von Informationen. Die Studie kommt auch zum Ergebnis, dass die Preise für vergleichbare Produkte in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind. Der durchschnittliche Verbraucher suche weiterhin Rat bei nicht unabhängigen Beratern wie Banken oder Versicherungen. Neue Anbieter wie FinTechs seien vielversprechend, müssten aber genau überwacht werden.

https://ec.europa.eu/info/publications/180425-retail-investment-products-distribution-systems_en

GESUNDHEIT / ERNÄHRUNG

1. Verbot von bienenschädlichen Pflanzenschutzmitteln

Am 27. April 2018 haben die Vertreter der EU-Mitgliedstaaten im Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel (Pflanzengesundheit) den Vorschlag der EU-Kommission unterstützt, die Verwendung von drei Insektiziden (Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam, bekannt als „Neonikotinoide“) in Freien zu verbieten. Der Einsatz der drei Stoffe soll nur noch in Gewächshäusern zulässig sein. Die EU-Kommission wird in den kommenden Wochen drei Durchführungsverordnungen in Kraft setzen. Diese gelten ab dem Jahresende 2018.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180427-eu-einsatz-bienenschaedliche-insektizide-im-freien-verbieten_de

https://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/approval_active_substances/approval_renewal/neonicotinoids_en (Links zu den Durchführungsverordnungen)

2. EU-Parlament lehnt Vermarktung von Gen-Zuckerrüben ab

Das EU-Parlament sprach sich am 3. Mai 2018 gegen einen Durchführungsbeschluss der EU-Kommission zur Erneuerung der Zulassung des Inverkehrbringens von Lebensmitteln und Futtermitteln, die genetisch veränderte Zuckerrüben der Sorte H7 1 (KM ØØØH71 4) enthalten, aus. Die Entschließung des EU-Parlaments ist jedoch nicht bindend.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2018-0197+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

TELEKOMMUNIKATION / MEDIEN / INTERNET

Europäische Union verschärft Regeln für Videoplattformen

Für Videos auf YouTube und anderen Videoplattformen gelten in Zukunft die gleichen Regeln wie für Produktionen, die im Fernsehen gezeigt werden. Am 26. April 2018 haben das EU-Parlament, der EU-Ministerrat und die EU-Kommission eine vorläufige politische Einigung über die überarbeitete Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste in der Europäischen Union erzielt. Die wesentlichen Punkte sind:

- **Die Stärkung des Herkunftslandprinzips** gibt Klarheit darüber, welche Vorschriften in den einzelnen Mitgliedstaaten gelten, gleiche Verfahren sowohl für Fernsehsender als auch für Anbieter von on-demand Diensten.
- **Besserer Schutz von Minderjährigen vor schädlichen Inhalten**, sei es im Fernsehen oder bei Video-on-Demand-Diensten. Die neuen Regeln sehen vor, dass Video-Sharing-Plattformen geeignete Maßnahmen zum Schutz von Minderjährigen vorsehen.
- **Ausweitung der europäischen audiovisuellen Vorschriften auf Video-Sharing-Plattformen.** Die überarbeitete Richtlinie gilt auch für nutzergenerierte Videos, die auf Plattformen wie z.B. Facebook verbreitet werden, wenn die Bereitstellung audiovisueller Inhalte eine wesentliche Funktion des Dienstes ist.
- **Verschärfte Regeln, die Aufstachelung zu Gewalt oder Hass und Provokation zur Begehung terroristischer Straftaten in audiovisuellen Mediendiensten verbieten.** Die Regeln gelten auch für Video-Sharing-Plattformen, um Menschen vor Aufstachelung zu Gewalt oder Hass und Inhalten, die Straftaten darstellen, zu schützen.
- **Förderung europäischer Werke** in On-Demand-Katalogen mit einem Anteil von mindestens 30 Prozent an europäischen Inhalten.
- **Mehr Flexibilität in der Fernsehwerbung.** Die überarbeiteten Regeln geben den Fernsehveranstaltern mehr Flexibilität, wann Anzeigen geschaltet werden können - die Gesamtbegrenzung von 20 Prozent der Sendezeit wird zwischen 6 und 18 Uhr beibehalten. Statt wie bisher 12 Minuten pro Stunde können die Sender frei wählen, wann sie den ganzen Tag über Anzeigen schalten wollen.
- **Die Unabhängigkeit der audiovisuellen Regulierungsbehörden wird im EU-Recht gestärkt**, indem sichergestellt wird, dass sie rechtlich getrennt und funktional unabhängig von der Regierung und anderen öffentlichen oder privaten Einrichtungen sind.

Die Verhandlungen werden im Juni 2018 offiziell abgeschlossen, wenn das EU-Parlament, der EU-Ministerrat und die EU-Kommission zusammenkommen, um sich über die letzten technischen Einzelheiten des Vorschlags zu einigen. Nach der förmlichen Bestätigung durch den EU-Ministerrat und die Abstimmung im Plenum des EU-Parlaments müssen die neuen Vorschriften in nationales Recht umgesetzt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20180427-schutz-kinder-jugendliche-eu-verschaerft-regeln-fuer-videoplattformen_de

WIRTSCHAFTSFRAGEN / WETTBEWERB

1. Leichte Zunahme des Verbrauchervertrauens im Euroraum

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens nahm im April 2018 im Euroraum gegenüber dem Vormonat um 0,3 Punkte auf 0,4 Punkte zu. In der Europäischen Union ging der Index um 0,5 Punkte auf -0,8 Punkte zurück. Der Index beruht auf vier Fragen an Verbraucher, jeweils bezogen auf die nächsten zwölf Monate: Zur finanziellen Situation der Haushalte, zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, zur erwarteten Entwicklung der Arbeitslosigkeit und zum Sparverhalten.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/fcci_2018_04_en.pdf

2. Fußballstar Messi behält Marke „Messi“

Das Europäische Gericht entschied am 26. April 2018, dass der berühmte Fußballspieler Lionel Messi sein Bildzeichen MESSI für Bekleidungsstücke, Schuwaren, Turn- und Sportartikel sowie einige weitere Waren behalten kann. Es gebe keine Verwechslungsgefahr mit der älteren Marke MASSI für Sportartikel und Sportbekleidung, da Messi so berühmt sei. Daher bestehe trotz der Ähnlichkeit keine Verwechslungsgefahr. Lionel „Leo“ Andrés Messi Cuccittini ist ein argentinischer Fußballspieler, der auch die spanische Staatsangehörigkeit besitzt. Messi spielt seit seinem 14. Lebensjahr für den FC Barcelona. Gegen die Entscheidung des Gerichts kann innerhalb von zwei Monaten nach ihrer Zustellung ein auf Rechtsfragen beschränktes Rechtsmittel beim Gerichtshof eingelegt werden.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-04/cp180056de.pdf>

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-554/14>

TERMINVORSCHAU

Rat

Ratsarbeitsgruppe „Zivilrecht“ (7. Mai 2018)

Verträge über Verkauf von Waren.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (7. Mai 2018)

Risikoreduzierung im Bankensektor.

Ratsarbeitsgruppe „Arzneimittel und Medizinprodukte“ (7. Mai 2018)

Beurteilung von Gesundheitstechnologie.

Ratsarbeitsgruppe „Landverkehr“ (7./8. Mai 2018)

Rechte der Passagiere im Schienenverkehr.

Ratsarbeitsgruppe „Energie“ (7. Mai 2018)

Governance der Energieunion (Prüfung von Kompromisstexten); Richtlinie zur Energieeffizienz (Erörterung von technischen Aspekten des Entwurfs des Verhandlungsmandats); Richtlinie zu erneuerbarer Energie (Erörterung von technischen Aspekten des Entwurfs des Verhandlungsmandats).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 1. Teil (8. Mai 2018)

Richtlinie zur Energieeffizienz (Vorbereitung des Trilogs); Richtlinie zu erneuerbarer Energie (Vorbereitung des Trilogs).

Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) - 2. Teil (8. Mai 2018)

Verhandlungsmandate für Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland; Aussprache über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Japan; Aussprache über Freihandelsabkommen der EU mit Singapur.

Rat „Allgemeine Angelegenheiten“ (14. Mai 2018)

Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (Annahme des Gesetzgebungsakts).

Horizontale Gruppe „Fragen des Cyberraums“ (14. Mai 2018)

Prüfung des gesamten Rechtsakts zur Cybersicherheit.

Sonderausschuss Landwirtschaft (14. Mai 2018)

Verordnung für den ökologischen/biologischen Landbau (Annahme des Gesetzgebungsakts); Gemeinsame Agrarpolitik: Strategiepläne und Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten in Bezug auf die Gestaltung und Umsetzung (Informationen der Kommission/Gedankenaustausch); Marktlage (Informationen der Kommission); Handelsbezogene Agrarfragen (Informationen der Kommission).

**Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“
(15. Mai 2018)**

Europäischer elektronischer Kommunikationskodex.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (16. Mai 2018)

Grenzüberschreitender Vertrieb von Investmentfonds; Gebühren für grenzüberschreitende Zahlungen in der EU.

**Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“
(16. Mai 2018)**

Datenschutz bei elektronischer Kommunikation.

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (17. Mai 2018)

Aufsicht über Investmentfirmen.

Ratsarbeitsgruppe „Postdienste“ (17. Mai 2018)

Grenzüberschreitende Paketzustellung - Interpretation einiger Bestimmungen der Verordnung (EU) 2018(644).

**Ratsarbeitsgruppe „Telekommunikation und Informationsgesellschaft“
(17. Mai 2018)**

Datenschutz bei elektronischer Kommunikation.

Ratsarbeitsgruppe „Audiovisuelle Medien“ (17. Mai 2018)

Europäischer Ansatz gegen Desinformation (Vorstellung durch die Kommission); Reform der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (Bericht über interinstitutionelle technische Gespräche).

Ratsarbeitsgruppe „Finanzdienstleistungen“ (18. Mai 2018)

Gedekte Schuldverschreibungen (covered bonds).

Europäisches Parlament

Ausschuss für Verkehr und Tourismus (14./15. Mai 2018)

Agenda für einen sozial verträglichen Übergang zu sauberer, wettbewerbsfähiger und vernetzter Mobilität für alle; Präsentation von Studie zu Klimagaspekten von Elektrofahrzeugen.

Fischereiausschuss (14./15. Mai 2018)

Aktueller Stand und künftige Herausforderungen bei der Entwicklung einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Aquakulturbranche (Annahme des Entwurfs eines Berichts); Sachstand der Freizeitfischerei in der Europäischen Union.

Sonderausschuss für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide (15. Mai 2018)

Anhörung zum Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide – Antrag auf Genehmigung von Wirkstoffen und Entwürfe von Bewertungsberichten.

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (16./17. Mai 2018)

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Bericht über Trilog); Verträge über die Bereitstellung digitaler Inhalte (Bericht über Trilog); Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr (Prüfung der Änderungsanträge); Umgang mit illegalen Online-Inhalten (Aussprache mit der Kommission); Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe in der Europäischen Union: Zeit zu handeln! (Prüfung der Änderungsanträge); Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte (Prüfung des Entwurfs eines Berichts); Gegenseitige Anerkennung von Waren, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind (Prüfung des Entwurfs eines Berichts); Zweierlei Qualität von Erzeugnissen auf dem Binnenmarkt (Prüfung der Änderungsanträge); Rechtsakt zur Cybersicherheit (Annahme des Entwurfs einer Stellungnahme); Freier Verkehr nicht personenbezogener Daten in der Europäischen Union (Prüfung der Kompromissänderungsanträge); Förderung der Fairness und Transparenz für Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (Aussprache mit der Kommission); Aussprache mit Andrus Ansip, Vizepräsident der Kommission mit Zuständigkeit für den digitalen Binnenmarkt.

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (16./17. Mai 2018)

Governance der Energieunion (Bericht über Trilog); Bestimmungen und Verfahren für die Konformität mit und die Durchsetzung von Harmonisierungsrechtsvorschriften der Union für Produkte; Emissionsnormen für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge; Europäische Strategie für Kunststoffe in der Kreislaufwirtschaft; Einwände gegen Vermarktung von Genmais; Agenda für einen sozial verträglichen Übergang zu sauberer, wettbewerbsfähiger und vernetzter Mobilität für alle.

Europäische Kommission

Justizkommissarin Jourová zu Gesprächen in Berlin (14./15. Mai 2018)

Věra Jourová, EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung hält am 14. Mai 2018 eine Grundsatzrede auf den 8. European Data Protection Days 2018. Außerdem trifft sie Bundesjustizministerin Katherina Barley, DIHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben, Innen-Staatssekretär Helmut Teichmann sowie den Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands

Klaus Müller zu Gesprächen. Am 15. Mai 2018 nimmt Jourová an einer außerordentlichen Sitzung des Rechts- und Verbraucherschutzausschusses des Bundestags teil und trifft sich mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier sowie Dorothee Bär, Staatsministerin für Digitales.

Wöchentliche Sitzung des Kollegiums (16. Mai 2018)

Energieunion / Klima / Drittes Mobilitätspaket (einschließlich CO2-Emissionen für Lastkraftwagen); Beitrag der Kommission zum informellen Treffen der Führungskräfte zum digitalen Binnenmarkt (Mitteilung der Kommission zum Vertrauen in Daten im digitalen Zeitalter).

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Fachgruppe Wirtschafts- und Währungsunion, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt (15. Mai 2018)

Konferenz „Mehrjähriger Finanzrahmen nach 2020: Herausforderungen und Chancen“.

Ausschuss der Regionen

Plenum (16./17. Mai 2018)

Debatte mit EU-Kommissar Günther Oettinger über den Mehrjährigen Finanzrahmen; Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch; Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt.

Europäischer Gerichtshof

Mündliche Verhandlung in der Rechtssache C-367/17 (17. Mai 2018)

Beschränkung des Aufschneidens und Verpackens auf das Herstellungsgebiet von Schwarzwälder Schinken?

Europäisches Gericht

Urteil in der Rechtssache T-712/16 (16. Mai 2018)

Flugtarifaufgaben im Zuge der Übernahme von Swiss durch Lufthansa.

Urteile in den Rechtssachen T 429/13, T-451/13 und T-584/13 (17. Mai 2018)

Beschränkungen für Pestizide zum Schutz der Bienengesundheit.

Mündliche Verhandlung in den verbundenen Rechtssachen T 339/16, T-352/16 und T 391/16 (17. Mai 2018)

Gültigkeit der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 6).

Verbraucherpolitik EU aktuell erscheint alle zwei Wochen. Der Newsletter gibt einen Überblick über aktuelle Termine und relevante verbraucherpolitische Aktivitäten und Vorhaben in der Gesetzgebung der EU.

Newsletter verfasst von

Dr. Ekkehard Rohrer, MPA (Harvard University) – Brüssel

Im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv)